

Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland – Auswirkungen und Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen (Plenarsitzung vom 16.01.2009)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Rüdiger Sagel.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Ich wünsche Ihnen allen ein schönes, gutes neues Jahr. Das ist aber auch schon das einzig Positive, was man zu diesem Tagesordnungspunkt sagen kann.

Schlafmützenpolitik als tatkräftiges und, wie der Ministerpräsident gesagt hat, rechtzeitiges Handeln zu verkaufen, ist ein schlechter Witz. Es ist eine Farce, was die Landesregierung abliefern. Die Laienspielschar – der Rüttgers-Club und die FDP – hat alles andere getan, als diese Krise zu bewältigen. Es ist sehr voreilig, wenn der Ministerpräsident davon spricht, dass die Krise schon weitgehend bewältigt sei. Es ist und bleibt eine der gravierendsten Krisen, die wir in der Politik erlebt haben und derzeit erleben. Ich kann überhaupt nicht ersehen, dass die Probleme im Augenblick tatsächlich gelöst werden.

Fakt ist doch: Die FDP blockiert. Sie wartet erst einmal das Wahlergebnis der Hessenwahl ab. Das, was in Berlin beschlossen worden ist, ist alles andere als in die Tat umgesetzt. Wir haben es gestern bei der Anhörung im Ausschuss erlebt: Das RWI hat mir gestern recht gegeben. Das Wirtschaftsinstitut hat ganz klar gesagt, dass die Politik, die jetzt mit diesem Konjunkturprogramm gemacht wird, zu spät kommt. – Das ist kein Wunder; denn diese Krise ist schon lange sichtbar.

Die Fraktion der Linken im Bundestag hat schon sehr frühzeitig einen Antrag für ein 50-Milliarden-Programm gestellt. Auch ich selbst habe schon im Oktober im Landtag einen Antrag für ein zusätzliches NRW-Programm von 3 Milliarden € gestellt. Interessanterweise werden genau diese originären Forderungen, die die Linke gestellt hat, jetzt von der Bundesregierung aufgegriffen. Aber es ist, wie gesagt, viel zu spät, und es ist überhaupt noch nicht ersichtlich, dass das Konjunkturprogramm II tatsächlich in die Realität umgesetzt wird.

(Unruhe – Glocke)

Denn im Augenblick sieht die Realität so aus, wie einer der Sachverständigen in der Anhörung gesagt hat: Jetzt lassen doch in den Verwaltungen erst mal alle den Griffel fallen und warten ab, wohin die Subventionen tatsächlich fließen. – Wir können überhaupt nicht sehen, dass tatkräftig etwas unternommen wird, um diese Krise in Nordrhein-Westfalen, dem wichtigsten und bevölkerungsreichsten Industrieland in Deutschland, zu bewältigen.

Die Krise ist eine Vertrauenskrise, sehr richtig bemerkt, Frau Kraft und Herr Stahl. Aber wer hat diese Krise verursacht? Waren es nicht SPD und CDU, war es nicht die Große Koalition in Berlin, die tagtäglich den Zockern und den Nieten in Nadelstreifen in den Banken und Unternehmen für ihre neoliberale Politik Tür und Tor geöffnet hat, was dazu geführt hat, dass wir diese Krise in dieser Schärfe haben?

Die Zeit drängt. Viel zu lange hat die Große Koalition in Berlin gezögert, ein Konjunkturprogramm aufzulegen. Nach dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“ wurden die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft ignoriert. Jetzt wurde überhastet ein Programm entworfen, das Gefahr läuft, wirkungslos zu verpuffen und zudem sozial völlig unausgewogen ist.

Bundes- und Landesregierung setzen ihren Kurs der sozialen Kälte unvermindert fort. Entgegen aller Sonntagsreden von sozialer Gerechtigkeit haben Sie ein Programm zusammengekungelt, das an der großen Mehrheit der Bevölkerung vorbeigeht. Das Programm der Koalition hat eine schwere soziale Schieflage. Unternehmen, Reiche und Vermögende werden weiter entlastet, Normalverdienende so gut wie gar nicht, Geringverdienerinnen und -verdiener, Rentnerinnen und Rentner, Bezieher von Sozialleistungen gehen weitgehend leer aus. Sie werden am Ende die Lasten zu zahlen haben. Das ist die konkrete Politik.

Bei der Steuer gibt es einen Nachlass von ungefähr 4 € im Monat für Niedrigverdienerinnen und -verdiener. Eine Currywurst mit Pommes im Monat mehr, das haben Sie in Berlin beschlossen.

Bei Leuten mit einem Jahreseinkommen von 60.000 € liegt der Steuernachlass zum Beispiel bei 22 € im Monat, beträgt also mehr als das Fünffache. Das macht deutlich, wie weit die Schere auch dort wieder auseinanderklafft und dass Sie nichts unternommen haben, um hier tatsächlich etwas Konkretes zu tun.

Für Familien mit Kindern gibt es nur Almosen – einmalig 100 € je Kind. Auch die Anhebung der Regelsätze für Hartz-IV-Kinder von 60 auf 70 % ist vollkommen unzureichend. Menschen in Armut können dies nur als zynisch empfinden.

Im Gegensatz zu dieser Knauserigkeit wird nach einem 480-Milliarden-€-Schutzschirm für Banken ein weiterer Schutzschirm für Unternehmen in Höhe von 100 Milliarden € aufgespannt – und die Bürgerinnen und Bürger sollen dafür zahlen.

Bei genauerer Betrachtung des Konjunkturprogramms zeigt sich, dass sich bei fast allen entscheidenden Punkten die CDU durchgesetzt hat und Geschenke an ihre Klientel verteilt.

Besonders deutlich wird dies bei den geplanten Steuersenkungen. Hatten die Sozialdemokraten ursprünglich darauf gedrängt, Entlastungen bei niedrigen Einkommen über eine Erhöhung durch eine Reichensteuer gegenzufinanzieren, passiert nun das Gegenteil. Der Grundfreibetrag, von dem alle Einkommen gleichmäßig profitieren, wird weniger stark erhöht als ursprünglich geplant.

Gleichzeitig wird die Steuerkurve so verschoben, dass Spitzenverdiener besonders stark entlastet werden. So wird es gemacht – und die Sozialdemokraten sind dabei.

Besonders bedenklich ist übrigens auch die langfristige Wirkung dieses Pakets. Während die politisch und ökonomisch sinnvollen Maßnahmen wie Schulsanierung und Kinderzuschläge nur einmal anfallen, bleiben die Steuergeschenke vor allem an die Reichen auf Dauer bestehen.

Die Einnahmeausfälle, die sich daraus zwangsläufig ergeben, werden in Kombination mit der ebenfalls beschlossenen Schuldenbremse in der Zukunft zu neuen Sparhaushalten führen. Das sind die konkreten Auswirkungen Ihrer Politik.

Die Linke hat dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung einen Vorschlag für einen neuen Gesellschaftsvertrag für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Ökologie zur Bewältigung der Krise entgegengesetzt. Dabei müssen auch die Profiteure der Krise endlich zur Kasse gebeten werden – von Ihnen hat man auch heute hier kein Wort dazu gehört –, nämlich zum Beispiel durch eine Millionärssteuer auf das Vermögen in Höhe von 5 %. So könnten alleine 80 Milliarden € zusätzlich eingenommen werden. Von Ihnen wurde dazu kein Wort gesagt, weder von den Grünen noch von der SPD – von CDU und FDP natürlich sowieso nicht. Die machen nur solche Geschichten wie die Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen, wodurch die Menschen, vor allem die Studenten, noch einmal zusätzlich belastet werden.

Eine frühzeitige Einführung von Mindestlöhnen würde überdies Steuereinnahmen sichern. Auch das ist mit Ihnen aber nicht möglich.

Ich komme zum Ende.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Ich habe hier im Landtag – übrigens als Erster – einen umfangreichen Entschließungsantrag zu der aktuellen Diskussion, die wir heute hier führen, eingebracht. Ich bitte darum, über diesen Antrag in den einzelnen Punkten abzustimmen. Vielleicht können sich ja zumindest SPD und Grüne in dem einen oder anderen Punkt entschließen, meinen Vorschlägen und denen der Linken doch noch zuzustimmen. Darüber würde ich mich freuen.

Insgesamt kann man nur sagen: Dieses Konjunkturprogramm geht an den Realitäten völlig vorbei. Sie haben nichts getan, um die Krise zu bewältigen. Sie haben das Ganze verschleppt. Die FDP ist der größte Verhinderer hier im Land. Das sind die Schlimmsten – die Heuschrecken-Partei hier im Landtag.

(Ralf Witzel [FDP]: Blödsinn!)

Auch auf Bundesebene machen Sie dieselbe Politik.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Es liegt noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Frau Kollegin Gödecke, Sie haben das Wort. Bitte schön.